



OZEANIEN/PAPUA NEUGUINEA - Bischöfe besuchen Premierminister: Korruptionsbekämpfung und Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat standen im Mittelpunkt

Madang (Fidesdienst) – Kirche und Staat müssen zusammenarbeiten, wenn es um das Gemeinwohl geht: dies stand im Mittelpunkt der Gespräche zwischen den Bischöfen von Papua Guinea, die derzeit in Madang im Rahmen ihrer Vollversammlung tagen, und dem Premierminister des Landes, Peter O’Neill. Wie die Pressestelle der Bischofskonferenz mitteilt, wandte sich der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof John Ribat von Port Moresby, in einer kurzen Ansprache an den Regierungschef und erinnerte dabei an die dringlichsten Herausforderungen: darunter Korruptionsbekämpfung, Abschaffung der Todesstrafe, Umweltschutz, Kooperation zwischen Kirche und Staat in wichtigen Bereichen wie Bildung und Familie.

In der Botschaft, die dem Fidesdienst vorliegt, bezeichnen die Bischöfe das Problem der Korruption als „systematische und weit verbreitet in den Regierungsbüros“ und begrüßen in diesem Sinne die Bildung einer „Unabhängigen Kommission zur Korruptionsbekämpfung“. Die Bischöfe äußern sich besorgt im Hinblick auf das Problem der „Infrastrukturen in den abgelegenen Gebieten“ und erinnern daran, dass die davon Bevölkerungsteile sich „vernachlässigt“ fühlen.

Die Kirche – heißt es in dem Text weiter – unterstütze die Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit und zur Bekämpfung der Gewalt, bitten gleichsam aber Polizeibeamten um „ethisches Verhalten“ und fordern von der Regierung die „Abschaffung der Todesstrafe“.

Bei ihrem Beitrag in sozialen Belangen inspiriere sich die Kirche an „den Prinzipien des Evangeliums, insbesondere an der Achtung der Menschenwürde“. Daraus ergebe sich das Prinzip des „Gemeinwohls“ und der „ganzheitlichen menschlichen Entwicklung“, d.h. der Einsatz dafür, dass „jeder Mensch die eigenen Potentiale nutzen kann“. In diesem Sinn wünschen sich die Bischöfe eine „fruchtbare Partnerschaft“ zwischen Kirche und Staat, wo diese möglich ist: wie zum Beispiel bei „Beratungen über wichtige Fragen, die die Bildungspolitik und die Familie betreffen“. Gleichsam bitten die Bischöfe um Handlungsfreiheit bei der Bildungsarbeit und der Tätigkeit im Gesundheitswesen, insbesondere wenn es um Fragen wie AIDS geht, wo es keinen Widerspruch zu christlichen Werten geben dürfe.

Abschließend erinnern die Bischöfe an die Auswirkungen von weitflächigen Waldrodungen „auf die Umwelt und das soziale Gewebe“ und andere Projekte mit negativen Folgen für die Umwelt und die Meeresfauna. Die Kirche fordert, dass bei diesbezüglichen Entscheidungen stets das Prinzip einer „nachhaltigen Entwicklung“ gelten müsse. (PA) (Fidesdienst, 12/04/2013)